

3. Interpellation von Cornelia Komposch vom 25. Februar 2009 "Konjunkturpaket Thurgau?" (08/IN 22/90)

Beantwortung

Präsidentin: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin hat das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Komposch, SP: Ich danke dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung meiner Interpellation. Dem Rat danke ich für die Verschiebung des Geschäftes auf die heutige Sitzung. Gerade die speditiv Beantwortung zeigt, dass das Anliegen seitens des Regierungsrates ernst genommen wurde. Die inhaltliche Antwort an sich befriedigt nur in Teilen und bedarf einer Diskussion, die ich hiermit **beantrage**.

Abstimmung: Diskussion wird mit 46:0 Stimmen beschlossen.

Diskussion

Komposch, SP: Der Begriff "Konjunkturprogramm" dürfte zum Wirtschaftsbegriff des Jahres 2009 avancieren. Sowohl Konjunkturprogrammgegner als auch -befürworter sind sich in der Bedeutung des Begriffes einig: Darunter sind wirtschaftspolitische Massnahmen zu verstehen, die darauf zielen, Konjunkturschwankungen in Grenzen zu halten und ein möglichst gleichmässiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. So ist es denn auch befremdend, dass im Vorspann der Beantwortung mehrfach wiederholt und mit Nachdruck betont wird, es sei eine Illusion zu glauben, ein Konjunkturprogramm könne die finanziellen Einbussen der Wirtschaftskrise vollumfänglich kompensieren. Die einleitenden Worte schliessen mit der Aussage: "Der Regierungsrat ist bereit, der Rezession im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegen zu treten." Und weiter: "Er ist aber nicht gewillt, deswegen die Finanzpolitik auf den Kopf zu stellen und konjunkturelle Massnahmen zu ergreifen oder vorzuschlagen, welche die zurzeit soliden Staatsfinanzen aus dem Lot bringen." Diese Ausführungen sind angesichts der Ernsthaftigkeit der Thematik stossend, überflüssig und vermitteln eine Geringschätzung an die Adresse des Grossen Rates, der sich gewissenhaft und differenziert mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Kantons auseinander setzt. Keiner von den Anwesenden in diesem Saal, so wage ich zu behaupten, will die Staatsfinanzen auf den Kopf stellen und sie aus dem Lot bringen. Wir haben einzig unterschiedliche finanzpolitische Ansichten, und denen gilt es, mit Respekt zu begegnen. Laut der neuesten Studie des Seco haben sich die weltweiten Wirtschaftsaussichten für das Jahr 2009 nochmals verschlechtert. Die Experten rechnen mit einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes von 2,7 %. Auch 2010 dürfte die Wirtschaft trotz langsam einsetzender Erholung noch um 0,4 % schrumpfen. Vor diesem Hintergrund wird die Arbeitslosigkeit bis im Jahr 2010 von aktuell 3,8 % auf 5,5 % ansteigen. Im Ver-

gleich zu den Prognosen, die anfangs 2009 erstellt wurden, als die Konjunkturrisiken wegen der Finanzkrise aussergewöhnlich gross und in erster Linie abwärtsgerichtet waren, erscheint die Situation im Frühsommer 2009 differenzierter. Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren zeigen eine Verlangsamung der rezessiven Tendenzen. Relativ grosse Unsicherheit besteht jedoch über die Stärke der erwarteten Erholung im Jahr 2010 und darüber hinaus. Angesichts dieser Entwicklung sprechen sich heute alle renommierten Ökonominnen und Ökonomen für robuste Stützungsprogramme aus. Diskutiert wird in Fachkreisen nicht mehr darüber, ob Konjunkturpakete wirken oder nicht, sondern nur noch über den adäquaten Umfang und die richtigen Massnahmen, die ein solches Programm beinhalten muss. Dennoch blieb die Aufforderung von Wirtschaftsministerin Doris Leuthard nach antizyklischem Verhalten der Kantone mehrheitlich ungehört. Eine Umfrage hat ergeben, dass in der Westschweiz und im Tessin eine tendenziell höhere Bereitschaft zum Einsatz von Staatsmitteln festzustellen ist. So erlässt beispielsweise das Tessin ein Massnahmenpaket von 158 Millionen Franken. Neuenburg hat einen "plan de relance" von 35 Millionen Franken. Waadt erlässt ein Stützungsprogramm von mehreren Millionen Franken. Genf will rund 100 Millionen Franken pro Jahr für diverse Bauprojekte vorziehen. Wallis wird die Nettoinvestitionen um rund 70 Millionen Franken aufstocken. Freiburg schafft einen Ankurbelungsfonds von 110 Millionen Franken. Basel prüft eine Investitionsaufstockung von 10 % bis 20 %. Bern will 250 Millionen Franken in einen Sonderfonds speisen, und Luzern sieht ein Impulsprogramm von 40 Millionen Franken vor. Die Zahlen zeigen klar, dass mehr möglich wäre - auch oder gerade im Kanton. Es ist keine Frage des Könnens, sondern des Wollens, denn finanziell steht der Kanton Thurgau gesund da. Wie ich einleitend betont habe, anerkenne ich die Stabilisierungsmassnahmen des Regierungsrates. Eine Mehrheit der Kantone hat nichts unternommen, bestenfalls gewinnbringende Massnahmen im Zusammenhang mit dem zweiten Konjunkturpaket des Bundes eingeleitet. Der thurgauische Massnahmenkatalog fällt mager aus, ist doch bei kritischer Betrachtung der aufgezählten Massnahmen das antizyklische Verhalten nicht als Reaktion auf den Konjunkturverlauf zurückzuführen, sondern viel mehr auf konjunkturunabhängige Forderungen und Beschlüsse des Grossen Rates, die noch vor der grossen Krise gefällt wurden. Positiv aber beurteile ich das erhöhte Investitionsvolumen von rund 8 Millionen Franken im laufenden Jahr sowie eine 10 bis 12%ige Investitionszunahme im Jahr 2010. Laut empirischen Forschungsergebnissen von Eco-pol wirken die öffentlichen Investitionen gegen die Rezession am effektivsten und mit dem grössten Multiplikator. In einem zweiten Schritt, so rät die Studie, sollten die Förderungen von privaten Investitionen geprüft werden. Hier seien vor allem die Bereiche Energiesanierungen von Gebäuden und Förderung von erneuerbaren Energien interessant. An weiteren nachhaltigen Vorschlägen mangelt es nicht. Die Fragen nach den Beschäftigungsprogrammen beruhigen insofern, als dass der Kanton bei steigendem Bedarf auf genügend Beschäftigungsplätze und Weiterbildungsangebote zurückgreifen kann. Erfreulich ist des Weiteren der regierungsrätliche Entscheid, Lehrabgängerinnen

und -abgänger für weitere zwei Jahre zu beschäftigen, sofern sie keine Stelle finden. Im Bereich des Lehrstellenmarktes nimmt der Kanton tatsächlich eine Vorreiterrolle ein, indem er eine grosse Anzahl an Lehrplätzen anbietet. Zusammen mit den Brückenangeboten, Learning-Centers, der Informatikmittelschule und dem Mentoring-Programm nimmt der Kanton seine Verantwortung im Bereich der Lehrstellensituation wahr. Ob die Flat Rate Tax ein Instrument gegen die Wirtschaftskrise darstellt und ob sie tatsächlich, wie der Regierungsrat ins Feld führt, zu einer erhöhten Kaufkraft führen wird, dementieren unsere Fraktion und eine wachsende Flat Rate Tax-Gegnerschaft. Eine Steuerreformdebatte wäre hier jedoch fehl am Platz. Abschliessend halte ich fest, dass ich die Massnahmen des Kantons anerkenne. Ich hätte mir jedoch ein weitaus grösseres Engagement gewünscht, um der Krise zu begegnen. Denn: "Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen", so Max Frisch. In diesem Sinn ermutigt die SP den Regierungsrat in Bezug auf das Budget 2010 und ist gespannt auf dessen Herausgabe.

Lohr, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion erachtet die vorliegende Antwort des Regierungsrates als klar und nachvollziehbar. Der Regierungsrat hat die wichtige Aufgabe erkannt, dass es Bundesprogramme wirkungsvoll zu ergänzen gilt. Wir sind der Ansicht, dass er bei den getroffenen Massnahmen verantwortungsbewusst Mass gehalten hat und nicht in einen fahrlässigen Aktivismus verfallen ist. Darunter verstehen wir, dass man eben nicht mit einer ungesunden Verschuldung für die Zukunft ein Erbe geschaffen hat, das die Nachwelt dann schwer tragen muss. Wir glauben, dass künstliche Eingriffe in den Markt durch umfangreiche Konjunkturmassnahmen ordnungspolitisch mehr als fragwürdig sind - vor allem Massnahmen, die weit über das antizyklische Verhalten hinaus gehen. Wir geben hier Geld für morgen aus, das wir eigentlich heute schon nicht haben. Der Nutzen bei diesen Massnahmen wäre von kurzer Dauer. Wenn der Kanton, was wir andererseits doch befürworten, zu einem konjunkturpolitischen Akteur wird, dann will die CVP/GLP-Fraktion bewusst weiter denken. So sind wir überzeugt, dass die erfolgreiche Steuerpolitik des Regierungsrates der letzten Jahre weiter fortgesetzt werden kann, dass die gezielten Entlastungen Sinn gemacht haben, wodurch wir einen aktiven Standort behalten können. Wir wollen aber ganz bewusst klar festhalten, dass wir den Wettbewerb nicht um jeden Preis anheizen dürfen. Für uns ist bei solchen Massnahmen wichtig, dass die Qualität eindeutig vor der Quantität steht. Zudem erachten wir es als eine prüfenswerte Idee, dass man die Exportwirtschaft mit Konjunkturmassnahmen in einer früheren Projektphase gezielt unterstützt und somit neue Möglichkeiten eröffnet. Dies möchten wir in die allgemeine Diskussion einbringen. Wir stehen als Fraktion ganz klar für einen deutlichen Einsatz für ein gutes Wirtschaftsklima in unserem Kanton ein; nicht nur in einer Krisenphase, sondern auch in der jetzt hoffentlich wieder beginnenden Aufwärtphase. Für uns ist aber klar, dass wir hier Bedingungen mit unterstützen wollen, in denen Leistungen gefördert, aber auch ermöglicht werden, was ebenso wichtig ist. Zudem sind wir deutlich der Ansicht, dass wir, wenn wir an konjunkturpolitische Massnah-

men denken, immer auch einen gewissen wirtschaftsethischen Ansatz wählen, der sozialverträglich ist.

Möckli, FDP: Die FDP ist mit der Antwort des Regierungsrates einverstanden. Konjunkturprogramme dürfen die grundsätzliche Strategie des Kantons nicht über Bord werfen. Rahmenbedingungen müssen stabil und verlässlich bleiben. Die Massnahmen des Bundes - bis 18 Monate Kurzarbeit und Praktikumsstellen - sind unserer Meinung nach sinnvoll, aber genügend. Gerade solche konjunkturellen Schwankungen verlangen auch von den Mitarbeitern grössere Flexibilität. Die Schwächeren werden durch Sozialwerke unterstützt, die Stärkeren durch den neuen einheitlichen Steuersatz nicht mehr mit Steuerprogression für Mehrleistung bestraft. Dies erhöht die Leistungsbereitschaft, die von allen nötig ist, um solche Rezessionen mit möglichst kleinem Schaden zu überstehen. Wir danken dem Regierungsrat für seine Antwort.

Klarer, SVP: Die SVP-Fraktion ist mit der Beantwortung der Interpellation Komposch durch den Regierungsrat zufrieden. Steuergesetzrevision, Vorziehen von Investitionen, Erweiterung der Investitionstätigkeit, Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien, Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit den Leitern der Steuerverwaltung, der Finanzverwaltung und des Amtes für Wirtschaft und Arbeit sind die für den Thurgau zugeschnittenen Massnahmen. Die Aussicht auf eine praktisch ausgeglichene Laufende Rechnung 2010 bestätigt ebenfalls das richtige Vorgehen. Auch für die Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen und Beschäftigungsprogrammen für Jugendliche sehen wir keinen zusätzlichen Bedarf, wie dies auch Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer in der heutigen Ausgabe der "Thurgauer Zeitung" erläutert. 100 zusätzliche Lehrstellen 2008/2009 und 100 Volksschulabgängerinnen und -abgänger weniger, die 2010 auf den Lehrstellenmarkt kommen, führen zu einer erfreulichen Lehrstellensituation. Bis zum 10. August 2009 sind 235 Lehrverträge mehr abgeschlossen worden als es Lehrabschlüsse im Juli 2009 gab. Ich persönlich stehe staatlichen Konjunkturprogrammen eher skeptisch gegenüber. Die nachfolgenden Umfragen unterstützen meine Haltung auf eine eindrückliche Art. Eine kürzlich von Ernst & Young durchgeführte Umfrage unter 700 KMU zeigt, dass drei Viertel von ihnen von der Nutzlosigkeit der durch die Behörden unternommenen Anstrengungen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft und der positiven Beeinflussung ihrer Aktivitäten überzeugt sind. Eine Studie des Seco, die auf einer Auswahl von 1'700 KMU basiert, zeigt, dass fast 70 % der betreffenden Unternehmen über keinerlei Bankkredite verfügen. Nur gerade 8 % der befragten KMU machen geltend, auf keine Kredite zurückgreifen zu können, weil ihnen ein solcher verweigert wurde. Die Hälfte der Unternehmen, die bereits mit einem Kredit arbeiten, geht davon aus, dass die Finanzierungslage gut bleibt. Für mich und wahrscheinlich für viele von Ihnen überraschend ist eine KMU-Barometer-Umfrage. In der Schweiz, wo Pünktlichkeit gross geschrieben wird, sind die zunehmend längeren Zahlungsfristen bei Kundenrechnungen eine der Hauptsorgen der Patrons. Gemäss Intrum Justitia, dem in Europa führenden Unternehmen im

Inkassobereich, sind in der Schweiz die Staatsorgane die Schlusslichter bezüglich der Zahlungspünktlichkeit. Der Staat ist bei der Bezahlung von Rechnungen im Durchschnitt 16 Tage im Verzug, gegenüber 13 Tagen bei Unternehmen und 11 Tagen bei Privatpersonen. Diese Situation ist ein wenig paradox. Würden nämlich sämtliche Staatsstellen ihre Rechnungen rechtzeitig bezahlen, kämen die Schweizer Unternehmen in den Genuss einer Kapitalspritze von 1,14 Milliarden Franken. Ich habe keine Zahlen für den Kanton Thurgau. Ich bitte jedoch den "Finanzminister", einmal ein Auge auf die Zahlungen zu werfen. Die KMU werden es ihm danken. An Liquidität sollte es unserem Kanton ja nicht fehlen.

Ackerknecht, EVP/EDU: Die von der Interpellantin aufgeworfenen Fragen erachtet auch die Fraktion der EVP/EDU als zentral und wichtig. Der Regierungsrat hat unserer Ansicht nach die ihm zugewiesene Verantwortung in den letzten Monaten wahrgenommen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise gut reagiert. Die Massnahmen sind unter Punkt 1 in der Beantwortung aufgelistet. Überhaupt ist der Hoffnungsfaktor unserer obersten Exekutive generell sehr stark vorhanden. Einer der Gründe liegt sicher darin, dass sich unser Kanton bisher als vergleichsweise krisenresistent erwiesen hat. Auch wenn sich die wirtschaftlichen Gewitterwolken hierzulande noch nicht bedrohlich aufgebaut haben, so werden die Folgen sicher noch stärker zu spüren sein. Wir bitten den Regierungsrat, die Situation weiterhin im Auge zu behalten. Unsere Fraktion ist diesbezüglich erfreut über das vom Regierungsrat erstellte Konzept, das aufzeigen soll, mit welchen zusätzlichen Massnahmen gefährdete Jugendliche besser unterstützt werden können. Auch das bestehende Mentoring-Projekt hat sich als ausgezeichnetes Instrument erwiesen. Wir bitten den Regierungsrat, zu prüfen, ob die Einrichtung eines Berufsbildungsfonds, wie er in mehreren Kantonen bereits besteht, eine weitere Option wäre. Des Weiteren teilen wir die Ansicht des Regierungsrates, dass jetzt nicht alles auf den Kopf gestellt werden muss. Denn mit überstürzten Massnahmen könnten neue Probleme geschaffen werden wie beispielsweise Bevorteilungen bestimmter Segmente und Branchen oder sonstige Präjudizfälle. Wichtig wird sein, die Negativentwicklungen zu beobachten. Die eingesetzte interne Expertengruppe ist deshalb ein gutes Instrument, auch wenn uns erste informative Resultate dieses Gremiums in der Beantwortung der Interpellation gefreut hätten. Eine Mehrheit der EVP geht indessen in der Frage der Auswirkungen der Steuerreform nicht mit dem Regierungsrat einig. Aber dies ist eine andere Geschichte. Und zuletzt: Unser Kanton wird sich den globalen Kräften nicht entziehen können. Die Wirtschaftskrise wird ihren Preis von uns allen fordern. Trotzdem sind wir überzeugt, dass wir miteinander die Herausforderungen der Zukunft im Sinne des Werbeslogans: "Ein starkes Stück Thurgau" meistern werden.

Dr. Wildberger, GP: In den letzten Jahren hatten wir einen beispiellosen Wirtschaftsboom weltweit, der vor allem in den USA mit immer hohleren Bankkrediten, grösseren Häusern und Offroader-Autos und den widersinnigen Kriegen völlig ausuferte. Dass die-

ses Kartenhaus zusammenbrechen musste, war eine Frage der Zeit. Schlimm genug, dass die Schweizer Grossbanken an vorderster Front zur Überhitzung und dem Debakel beitrugen. Die Wirtschaftskrise zeigt ihre schlimme Seite in der steigenden Arbeitslosigkeit, die es zu bekämpfen gilt. Dazu sollten auf jeden Fall auch zusätzliche Staatsgelder eingesetzt werden. Wir sollten den Wirtschaftsabschwung aber auch als Chance sehen und für nachhaltige Verbesserungen nutzen. Nicht jeder Quadratmeter Boden muss mit Strassen, Häusern, Fabriken und Verteilzentren überbaut sein. Der Verbrauch von Energie und Ressourcen kann mit einem langsameren, qualitativ guten Wachstum besser begrenzt werden. In diesem Sinn kann sich die Fraktion der Grünen in vielen Punkten der Antwort des Regierungsrates anschliessen. Sie befürwortet antizyklisches Verhalten bei den Investitionen, vor allem wenn es um nachhaltige Investitionen wie Gebäudesanierungen zur Einsparung von Heizenergie, um alternative Energieanlagen oder um die Sanierung von Bahnhöfen oder Bahnsteige geht, beispielsweise der Haltestellen der Frauenfeld-Wil-Bahn. Da die Krise weltweit ist und arme Länder härter betroffen sind, soll die reiche Schweiz Wirtschaftshilfe und Exporte von Gütern und Kapital beispielsweise nach Osteuropa keinesfalls bremsen, sondern zu erhöhen versuchen. Denn der Wirtschaftsaufschwung kann nur global stattfinden. Nicht diskutieren möchten wir an dieser Stelle über die Flat Rate Tax. Hier sind wir ganz anderer Meinung als der Regierungsrat.

Bruggmann, SP: Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung der Interpellation zum Konjunkturpaket. Der Regierungsrat macht es sich aber allzu einfach, wenn er schreibt, dass die momentane Wirtschaftskrise in erster Linie den Finanzmarkt und die Exportindustrie betrifft. Diese Branchen waren zwar als erste betroffen, nun greift die Krise aber auch auf andere Branchen über. Die Kauflust sowie die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten ist gebremst. Die einleitenden Worte des Regierungsrates zeigen einen zögerlichen Geist und Mutlosigkeit. Selbstverständlich kann die öffentliche Hand die Konjunktur beeinflussen. Wir hätten uns gewünscht, dass der Regierungsrat hier mutigere Worte gewählt, die Sache schon in der Einleitung angepackt und einen starken Eindruck hinterlassen hätte. Diese Chance wurde verpasst. Man kann sich ja so "gäbig" hinter dem Wort "global" verstecken. Wir wollten uns gerade über das Bekenntnis des Kantons Thurgau freuen und dachten: Ja, jetzt muss investiert werden! Aber: Wie ernst ist es dem Regierungsrat mit dem antizyklischen Verhalten? Er ist nicht bereit, für konjunkturelle Massnahmen in dieser heftigen Wirtschaftskrise dem Sparschwein an den Speck zu gehen. Konsumfreudige und Steuern zahlende Bürgerinnen und Bürger nähren den staatlichen Finanztopf, sparende oder gar arbeitslose Bürgerinnen und Bürger hingegen nicht. Deswegen muss es im Interesse des Kantons liegen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger eine Arbeitsstelle haben. Wenn wir mit Staatsgeldern die Konjunktur ankurbeln können, sollten uns auch vorübergehend leicht rote Zahlen keine Bauchschmerzen bescheren. In wirtschaftlich guten Jahren fliesst das Geld dann wieder reichlich in die Kassen. Das predigt uns der "Finanzminister" unermüd-

lich während seiner Kampagne für die geplante Steuergesetzrevision. Es freut uns, dass vor allem im Baubereich erhöhte Investitionen getätigt werden können und Projektforcierungen möglich sind. Ebenso erfreut uns die verstärkte Förderung von erneuerbaren Energien. In diesem Bereich ist auch längerfristig ein starkes Wachstum möglich, neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Das ist eine zukunftssträchtige Entwicklung. Bleiben wir dran. Wir finden es ausgezeichnet, dass der Kanton mit gutem Beispiel vorangeht und seine Lehrlinge nach der Lehre als Praktikantinnen und Praktikanten weiter beschäftigt. Können vielleicht sogar für einige von ihnen neue Teilzeit- oder gar Vollzeitstellen in der Verwaltung geschaffen werden? Zum Märchen der "positiven Impulse der Steuergesetzrevision namens Flat Rate Tax": Wir gehen davon aus, dass die Steuerrevision weder nachhaltig noch wirtschaftsfördernd wirkt. Wir finden es schlicht anmassend, dass sie in der Antwort sozusagen als Massnahme zur Linderung der Rezession dargestellt wird. Unser Regierungsrat ist nicht bereit, für ein Konjunkturprogramm eventuell leicht rote Zahlen in Kauf zu nehmen. Dass die geplante Steuerrevision den Staatshaushalt und die Kassen der Politischen Gemeinden sowie der Schul- und Kirchgemeinden aus dem Lot zu bringen droht, scheint unseren Regierungsrat nicht zu stören. Wir zählen auf verantwortungsvolle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die ein wuchtiges Nein zur Flat Rate Tax in die Urne legen. Wir sind gegen das Leeren der Kassen ohne Gegenwert. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten investieren wir lieber in ein gescheitertes Konjunkturprogramm.

Schlatter, CVP/GLP: Es war zu erwarten, dass wir von linksgrüner Seite wieder zu hören bekommen, dass ein Steuerverzicht, wie ihn der Staat anbietet, nicht konjunkturfördernd sei. Ich muss Sie fragen, ob 100 Millionen Franken im Jahr, die der Staat nicht einzieht, vielleicht nicht doch konjunkturfördernd sein könnten. Ich bin absolut überzeugt davon, dass Geld, das beim Bürger bleibt, am Ende dazu beiträgt, dass konsumiert wird. Und Konsum ist neben Investitionen die Stütze für die Konjunktur. In der regierungsrätlichen Antwort habe ich Gedanken darüber vermisst, wie man spezifisch im Kanton Thurgau Dinge tun könnte, die zusätzlich fördern. Ich bin Verwaltungsrat in einem Handwerksbetrieb, der sogar bis Ende des nächsten Jahres ausgelastet ist. Es gibt viele Handwerksbetriebe, die sehr gut gearbeitet haben, auch 2009, und ebenfalls 2010 gut arbeiten werden. Bei Produktionsbetrieben, die einen wesentlichen Teil ihrer Leistung ins Ausland exportieren, und bei Zulieferfirmen, die solche Betriebe unterstützen, haben wir aber nicht dieselbe Situation. Hier frage ich mich, was man tun kann. Man kann eben nicht nur die ganze Zeit Infrastruktur bauen. Das stützt zwar die Bauwirtschaft, doch haben wir noch andere Wirtschaftsteile. Man könnte sich überlegen, beispielsweise das zu tun, was im Ausland gemacht wird. Ich bin Mitinhaber eines Familienunternehmens im Kanton Aargau, und dabei stellen wir fest, dass ausländische Lieferanten eine Exportförderung geniessen. Dort wird der Export vom Staat vorfinanziert. Das bedeutet, dass der Staat nicht im Nachhinein ein Exportrisiko übernimmt, sondern den Export an den Abnehmer im Ausland vorfinanziert. Irgendwann, Monate später, wird der Abnehmer im

Ausland die Rechnung begleichen, worauf das Geld zurück an den Staat geht. Hier kann der Staat quasi Bank spielen. Konjunkturförderung ist an sich eine eidgenössische Sache. Im Thurgau, der über eine starke Exportwirtschaft verfügt, müsste man sich Gedanken über eine solche Vorfinanzierung für Unternehmen im Kanton machen. Dies wäre eine zusätzliche Konjunkturförderung, die für Exportunternehmen sehr wirksam sein könnte. Ich bitte auch die Vertreter der Wirtschaftsverbände, dieses Thema einmal ganz konkret auf den Tisch zu bringen. Wenn man von Unternehmern hört, dass sie 30 % bis 50 % ihres Absatzes einbüßen, muss davon ausgegangen werden, dass irgendwann das Thema Kurzarbeit ausgelaugt ist. Sind keine Aufträge vorhanden, können die Arbeitsplätze nicht mehr gehalten werden. Ich wundere mich, in welchem Frieden darüber diskutiert wird. Die Stossrichtung der Interpellation und dass man über Konjunkturförderung diskutiert, finde ich richtig, doch glaube ich, dass die Exportwirtschaft hier mehr Aufmerksamkeit verdient hätte.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Ich danke Ihnen für die angeregte Diskussion und auch für die überwiegend positive Aufnahme der Antwort des Regierungsrates. Die Interpellation gab dem Regierungsrat die willkommene Gelegenheit, eine Lagebeurteilung abzugeben und darzulegen, was der Kanton angesichts der schwierigen Wirtschaftslage tun kann und will. Lassen Sie mich drei Vorbemerkungen machen: 1. Die Wirtschaftskrise ist weltweit. Der Beitrag des Kantons Thurgau zur Bewältigung der Krise ist deshalb notgedrungen klein. Das ist nicht einfach eine mutlose Feststellung, sondern eine realistische Lagebeurteilung. 2. Die Krise trifft einzelne Branchen und einzelne Unternehmen ganz unterschiedlich. Einige sind massiv betroffen, bei andern läuft der Geschäftsgang nach wie vor sehr gut. Kantonsrat Schlatter hat das soeben an Beispielen dargelegt. Die Exportindustrie zu unterstützen, ist besonders schwierig, gerade auf kantonaler Ebene. Ich habe aber den Wunsch von Kantonsrat Schlatter zur Kenntnis genommen und werde dies prüfen. Allerdings bin ich sehr skeptisch, ob der Kanton Finanzierungen von Exportaufträgen übernehmen kann. 3. Der Staat selbst kann und soll wegen der schwierigen Wirtschaftslage keine eigenen Arbeitsplätze schaffen, jedenfalls nicht in einem Umfang, der mit Bezug auf die Arbeitslosenzahlen ins Gewicht fallen würde. Die Aufgabe der öffentlichen Hand ist und bleibt, die Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Wirtschaft so gut als möglich zu gestalten. Einige Zahlen: Die Arbeitslosenquote im Kanton Thurgau ist stark angewachsen; dies müssen wir realistisch sehen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 3,4 % und nicht 4,8 %, wie es heute in der "Thurgauer Zeitung" fälschlicherweise steht. 4,8 % ist die Zahl der Stellensuchenden. Die Arbeitslosenquote im Kanton Thurgau liegt mit 3,4 % immer noch unter dem schweizerischen Durchschnitt von 3,8 %. Früher betrug der Unterschied beinahe 1 %; jetzt ist er auf 0,4 % geschrumpft. Im Vergleich zum Ausland hat die Schweiz einen viel tieferen Durchschnitt. Im Ausland sind die Probleme viel gravierender. Dennoch haben die Zahlen zugenommen. Seit dem August 2008 ist die Arbeitslosenquote von 1,8 % auf 3,4 % gestiegen, also um fast das Doppelte. Und wir müssen damit rechnen, dass die Arbeitslosenzahlen weiter zuneh-

men. Zur Jugendarbeitslosigkeit, die besonders grosse Sorgen bereitet: Die Lehrstellenzahlen sind überaus erfreulich. Seit 1995 hat die Zahl der Lehrverhältnisse im Kanton Thurgau von 4'600 auf heute über 7'000 deutlich zugenommen. Im vergangenen Monat haben 2'433 Lehrlinge ihre Prüfungen absolviert. Und jetzt, Ende August 2009, sind 2'745 neue Lehrverträge registriert worden. Das ist gleich viel wie letztes Jahr, obwohl 100 Volksschulabgänger weniger auf den Lehrstellenmarkt kamen als im Vorjahr. Die Wirtschaft macht also bei den Lehrstellen wunderbar mit. Wir können stolz darauf sein, dass wir beim Übergang von der Schule in die Lehre oder in die weiterführenden Schulen nur wenig Probleme haben, viel weniger als dies in anderen Kantonen der Fall ist. Unsere Übergangslösungen sind sehr gut. Fast alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden in unserem Kanton nach wie vor eine Lösung. Beim Übergang von den Lehrstellen in die Arbeitswelt gestaltet sich die Situation hingegen wesentlich schwieriger. Da liegen Zahlen vor, die beunruhigen. 1'145 Jugendliche von 15 bis 24 Jahren sind den neuesten Zahlen nach arbeitslos gemeldet. Der Kanton macht nicht einfach nichts. Wir tun, was wir vernünftigerweise tun können. Wir bemühen uns intensiv um Konjunkturbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und haben verschiedene Massnahmen ergriffen, auch wenn ich zugebe, dass sich ein Teil dieser Massnahmen auch aus anderen Gründen aufgedrängt hat oder mit anderen Argumenten begründet wurde. Ich möchte nochmals erwähnen, was wir alles tun: 1. Nach der festen Überzeugung des Regierungsrates ist die vorgesehene Steuergesetzrevision gerade jetzt wichtig und richtig. Sie bringt allen Steuerpflichtigen Vorteile und stützt damit die Konjunktur. Sie fördert die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons und unserer Gemeinden. Sie kann von Kanton und Gemeinden verkraftet werden. Die Steuerzahlerinnen und -zahler werden um 100 Millionen Franken entlastet. Rechnen wir mit dem normalen Multiplikatorfaktor 5, ergibt das 500 Millionen Franken mehr Umsatz, der durch die Steuergesetzrevision ausgelöst werden kann. Das ist viel Geld und hat sicher Wirkung. Die Steuergesetzrevision ist die beste und wichtigste Massnahme des Kantons Thurgau zur Stärkung der Konjunktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Gerade an der Steuergesetzrevision zeigt sich, dass der Regierungsrat und der Grosse Rat keineswegs mutlos sind, wie dies heute behauptet wurde. Im Gegenteil: Wir sind mutig und bereit, mit dieser Steuergesetzrevision auch etwas zu riskieren und auch Eigenkapital einzusetzen. 2. Wir fahren mit den Investitionen keineswegs zurück, sondern erweitern den zurzeit hohen Stand an Investitionen sogar noch. Für das Budget 2010 sowie die Finanzplanperiode 2011 bis 2013 plant der Regierungsrat hohe Investitionen im Betrag von über 90 Millionen Franken pro Jahr. Das ist wesentlich mehr als bisher. In den früheren Jahren hatten wir Nettoinvestitionen von 60 bis 70 Millionen Franken. Schon dieses Jahr werden es 80 bis 90 Millionen Franken und in den Planperioden ebenfalls wesentlich mehr sein. 3. Wir fördern die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz mit wesentlichen Mitteln. Wir spielen unverändert in der obersten Liga in diesem Bereich. Mit den diesjährigen zur Verfügung stehenden Mitteln von 18 Millionen Franken an Förderbeiträgen rechnen wir,

Investitionen von 110 Millionen Franken auslösen zu können. Die Beschäftigungswirkung dieser 110 Millionen Franken wird auf 1'100 Arbeitsplätze für ein Jahr berechnet. Mit diesem Umfang können wir also 1'100 Leuten ein Jahr lang Arbeit geben. Nächstes Jahr wird es ähnlich aussehen. 4. Wir betreuen die Stellensuchenden so gut als möglich. Die Anzahl der Beraterinnen und Berater in den RAV (Regionale Arbeitsvermittlungszentren) und in der Arbeitslosenkasse wurde rechtzeitig und angemessen ausgebaut, damit die Stellensuchenden möglichst gut betreut werden können. Zudem haben wir die Stiftung "Zukunft" und andere Organisationen des zweiten Arbeitsmarktes, die auch bereit sind, sich um Arbeitslose zu kümmern und Ausgesteuerte zu betreuen. Auch in diesem Bereich steht der Kanton gut da. 5. Auch unsere Verwaltung will einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten, indem wir Lehrabgänger, die keine andere Stelle finden, als Praktikanten weiter beschäftigen. Zurzeit sind es 20 Lehrabgänger. Wir wollen damit eine Vorbildrolle spielen und fordern auch immer wieder die Wirtschaft auf, Gleiches zu tun. Aktuell hat der Kanton 92 Lernende in 14 Berufen. In der kantonalen Verwaltung bestehen Ausbaumöglichkeiten bis 105 Lehrstellen. Zudem können wir 132 Praktikumsplätze mit unterschiedlichen Einsätzen zur Verfügung stellen. 6. Der Kanton Thurgau hat schon immer die Politik verfolgt, die individuelle Prämienverbilligung so zu gestalten, dass das Maximum an Bundesbeiträgen erhältlich ist, obwohl dazu auch erhebliche kantonale Mittel erforderlich sind. Diese Politik will der Regierungsrat beibehalten, unter anderem auch deshalb, weil es ebenfalls eine konjunkturstützende Massnahme ist und eine konjunkturstützende Wirkung hat. 7. Wir haben eine Arbeitsgruppe geschaffen, die aus den Leitungen der Steuerverwaltung, der Finanzverwaltung und des Amtes für Wirtschaft und Arbeit besteht. Diese Gruppe hat den Auftrag, die Lage ständig zu beobachten und dem Regierungsrat periodisch Lageberichte und Empfehlungen abzugeben. Kantonsrat Ackerknecht wünscht vom Regierungsrat zu prüfen, ob ein Berufsbildungsfonds auszurichten ist. Zu diesem Thema wurde bereits eine Motion eingereicht, die zurzeit im zuständigen Departement behandelt wird. Der Kanton kann die Weltwirtschaftslage nicht oder kaum beeinflussen. Er unternimmt aber alles, was klug und vernünftig ist, um einen Beitrag zur Belebung der Konjunktur zu leisten, um mit möglichst guten Rahmenbedingungen die Wirtschaft zu stärken und um die von der Wirtschaftskrise betroffenen Menschen in unserem Kanton zu unterstützen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.